



**Gegen eine Rücknahme der
Arbeitsmarkt-Reformen!**

Den Deich abtra- gen, nur weil das Wetter gut ist?

NR. 11 November 2007

30. Jahrgang

Konjunktur

Immer aufwärts –
auch auf dem Arbeitsmarkt

Seite 3



Arbeitsmarkt-Reform

Überschüsse wecken
Begehrlichkeiten

Seiten 4/6



Nahaufnahme

Aus der pfälzischen
M+E-Industrie

Seiten 7/9



Foto: Adolf Riess/pixelio.de



Gerechtigkeit

Sie kaufen ein neues Auto. Für 20.000 Euro. Und natürlich versichern Sie es gegen all das, was dem neuen Auto so passieren kann. Die Versicherung sagt Ihnen, was das kostet. Sagen wir mal: 100 Euro im Monat. Sie wissen also: Für 100 Euro im Monat bekomme ich den Zeitwert meines Autos ersetzt. Und Sie fühlen sich sicher.

Nun spielen wir mal zwei Szenarien durch. Im zweiten Monat ereilt Sie ein technischer Defekt. Das Auto brennt ab. Ihre Versicherung schätzt den Zeitwert – er lag immer noch bei 20.000 Euro – und ersetzt diesen. Sie haben bis dahin 200 Euro an Versicherungsbeiträgen bezahlt.

Im zweiten Szenario läuft Ihr Auto, und läuft und... geht erst nach zehn Jahren kaputt. Technischer – und gottlob versicherter – Defekt. Der Wert des Wagens wird geschätzt: Er liegt noch bei 5.000 Euro. Und die bezahlt Ihnen die Versicherung auch aus. Aber: Sie haben bis dahin Versicherungsbeiträge von 12.000 Euro bezahlt. – Ist das gerecht?

Nun werden Sie – zu Recht – sagen: Versicherungsprinzipien haben doch nichts mit Gerechtigkeit zu tun. Stimmt! Und das gilt im Wesentlichen auch für das Prinzip der Arbeitslosenversicherung. Denn genauso wenig, wie Sie auf die Idee kommen, von der Versicherung mehr Geld für Ihr Auto zu bekommen,

nur weil sie schon seit Jahren einbezahlen, darf die Einzahlungsdauer oder irgendwelche anderen Faktoren eine Rolle bei der Frage spielen, wie viel wie lange ausbezahlt wird. Eine entsprechende Regelung an die Beitragsdauer, wie es die CDU vorschlägt, ist dabei genauso falsch, wie eine Koppelung ans Lebensalter nach SPD-Lesart.

Und die Gerechtigkeitskarte spielt man besser auch nicht. Sonst fragt noch ein junger Familienvater, wieso es gerechter ist, wenn ein 55jähriger die bessere soziale Absicherung im Falle einer Arbeitslosigkeit hat, als er. Oder jemand mit 30 Beitragsjahren fragt, wieso es gerechter ist, dass eine Mutter, die mit 48 – nachdem die Kinder aus dem Größten raus sind – wieder in den Beruf einsteigt und sieben Jahre später wieder arbeitslos wird, länger Anspruch auf Arbeitslosengeld hat, als er? Wer hohe Werte bemüht, um einfache tagespolitische Entscheidungen zu begründen, der muss wissen, dass er sich auf ganz dünnem Eis bewegt. Gerechtigkeit ist ein solcher Wert – und die Frage der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes ist eigentlich eine solch profane Bestimmung.

Marcel Speker

marcel.speker@pfalzmetail.de

inhalt

konjunktur

3 Immer aufwärts – auch auf dem Arbeitsmarkt

arbeitsmarkt-reform

4–6 Überschüsse wecken Begehrlichkeiten

nahaufnahme

7–9 Aus der pfälzischen M+E-Industrie

service: auto

10 Winterreifen verlieren schneller an Qualität

service: gesundheit

11 Steigender Bedarf an Blutkonserven

grafik des monats

12 Mehr Arbeit als anderswo ...

impresum

Herausgeber: **PFALZMETALL**
 Friedrich-Ebert-Straße 11–13, 67433 Neustadt
 Internet: www.pfalzmetail.de
 Redaktion: Marcel Speker (verantwort.)
 Gestaltung: Bernd Wilfing
 Anschrift der Redaktion:
 FERRUM-Redaktion, Hindenburgstraße 32, 55118 Mainz,
 Telefon 0 61 31/55 75 31, Fax 0 61 31/55 75 39
 E-Mail: ferrum@pfalzmetail.de
 FERRUM erscheint monatlich.
 Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Die zur Abwicklung des Vertriebs erforderlichen Daten werden nach den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes verwaltet.

Verlag: Dr. Curt Haefner-Verlag GmbH,
 Dischingerstraße 8, 69123 Heidelberg.
 Druck: Konradin Druck GmbH, Leinfelden-Echterdingen.

Titelbild: Dr. Roland Börner

Herbstgutachten der Wirtschaftsforscher:

Immer aufwärts – auch auf dem Arbeitsmarkt

Der Aufschwung schwingt ab, die Finanzkrise in den USA beeinträchtigt unsere Wirtschaft oder der Hinweis auf den starken Euro – das waren in den vergangenen Wochen immer wieder gehörte Horror-Szenarien mit Blick auf unsere wirtschaftliche Entwicklung. Dem haben die Wirtschaftsforscher in ihrem Herbstgutachten weitestgehend widersprochen. Das Ergebnis: Es geht weiter aufwärts, wenn auch nicht ganz so steil wie in den vergangenen Monaten.



Foto: C. Nöhren/pixelio

Die Voraussetzung für das Eintreten dieser Vorhersage liefern die Experten gleich mit: Es dürfe keine Abkehr von den erfolgreichen politischen Reformen der vergangenen Jahre geben. Der Aufschwung, so heißt es in ihrer Stellungnahme, sei „so weit gefestigt“, dass Belastungen wie der hohe Ölpreis oder die Turbulenzen an den Finanzmärkten sich nicht auf den grundsätzlich positiven Konjunkturverlauf auswirken dürften.

Für das laufende Jahr korrigieren die Wirtschaftsforscher ihre Wachstumsprognose von 2,4 auf 2,6 Prozent – für 2008 hingegen nehmen sie eine leichte Korrektur nach unten vor: Von 2,4 auf 2,2 Prozent.

Der Sachverständigenrat, die sogenannten Wirtschaftsweisen, geht sogar nur von einem Plus von 1,9 Prozent aus.

Die Arbeitslosigkeit wird weiter deutlich zurückgehen: Für 2008 halten sie eine Arbeitslosenzahl von unter 3,5 Millionen für realistisch. Der Aufschwung kommt also spürbar auf dem Arbeitsmarkt an – und durch die hohe Nachfrage nach Arbeitskräften erhielten zunehmend auf Langzeitarbeitslose ihre Chance. Die Gutachter sprechen sich deutlich für einen Fortgang der Arbeitsmarkt-reformen und gegen die aktuell diskutierten Revisionen der Hartz-Gesetze aus. Sie empfehlen eine weitere Senkung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung.

Den Aufschwung bezeichnen sie als so stabil, dass ihm auch äußere Faktoren, wie die US-Finanzkrise oder der Ölpreis nicht wesentlich beeinträchtigen können. Selbst, wenn die US-Konjunktur heftig einbrechen würde, wäre hierzulande keine Rezession zu befürchten. Dazu beigetragen hat auch eine stärkere Orientierung der deutschen Industrie nach Asien und Osteuropa, was die Abhängigkeit von der US-Wirtschaft relativiert. Sinkende Arbeitslosigkeit und steigende Löhne wecken außerdem die Hoffnung auf eine Stärkung der Binnenkonjunktur, als zusätzliche Stütze des Aufschwungs.

ferrum-wirtschaftslexikon

Starker Euro – schwacher Dollar

Wieso ist ein starker Euro, was sich ja zunächst einmal positiv anhört, doch eher ein Problem für unsere Wirtschaft? – Ein starker Euro bedeutet, dass ein Euro für Amerikaner richtig teuer wird: Für einen Euro bezahlt man mittlerweile mehr als 1,45 Dollar. Im Außenhandel hat dies nun zur Folge, dass deutsche Produkte in US-Dollar teurer werden, ohne dass es eine Preiserhöhung seitens des Herstellers gegeben hat – ganz automatisch über den Wechselkurs.

Wenn ein Auto beispielsweise 20.000 Euro kostet, so war der US-Preis hierfür Mitte 2002 (Wechselkurs: 1,00 \$) 20.000 Dollar.

Heute kostet dieses Auto – ohne Inflation oder andere Preiseffekte – 28.000 Dollar. Einzig ausgelöst durch den Wechselkurs. Die Preissteigerung von 8.000 Dollar auf dem amerikanischen Markt wird dort natürlich von den Konsumenten wahrgenommen – sie kommt allerdings nicht beim Hersteller an. Dieser ist unter Umständen sogar gezwungen, den eingeführten Marktpreis von 20.000 Dollar konstant zu halten und seinen Euro-Verkaufspreis zu senken. Dies würde in dem dargestellten Beispiel bedeuten, dass er sein Fahrzeug nur noch für 14.300 Euro verkaufen könnte. Dazu ist natürlich kein Hersteller in der Lage.

Die Rücknahme der Arbeitsmarkt-Reformen ist in aller Munde. Medienwirksam zugespitzt deutlich wurde dies durch den SPD-internen Konflikt zwischen Vizekanzler Müntefering und Parteichef Beck im Vorfeld des Bundesparteitags. Doch geht das eigentliche Problem weit über die Frage hinaus, ob das Arbeitslosengeld I (ALG-I) älteren Arbeitslosen länger bezahlt werden soll, als Jüngeren.

Denn an dieser Frage aufgehängt wurden gleich mehrere Debatten gleichzeitig geführt – am wenigsten leider die Sachdebatte, ob den Betroffenen ein längerer Bezug von ALG-I überhaupt weiterhilft. Zu allererst wurde von all denjenigen, die eine längere Bezugsdauer von ALG-I in das Gespräch brachten, die Gerechtigkeitsfrage gestellt und sicherheitshalber auch gleichzeitig scheinbar mit beantwortet.

Doch wenn man sich von der Sachebene dem Thema nähert, wundert man sich, wie man hier einen Handlungsbedarf erkennen kann: Mit den Gesetzen der Agenda 2010 wurde die Bezugsdauer des ALG-I im Regelfall auf zwölf Monate herabgesetzt. Für ältere Arbeitslose ab 55 Jahre gibt es das ALG-I schon heute 18 Monate lang. Was ist seit Eintritt dieser Regelung im vergangenen Jahr geschehen? – Die Arbeitslosigkeit von Menschen über 55 Jahre ist binnen zwölf Monate um 20 Prozent gesunken, ihre Beschäftigungsquote ist gestiegen.

Eine Erfolgsstory, sollte man meinen. Und sowohl der Fußballtrainer („Never change a winning team“), als auch der Computer-Programmierer („Never change a running system“) wissen, dass man erfolgreiche Systeme nicht wechseln sollte, solange sie funktionieren. – Doch die deutsche Politik reagiert anders: Sie fordert nunmehr Änderungen, weil die ge-

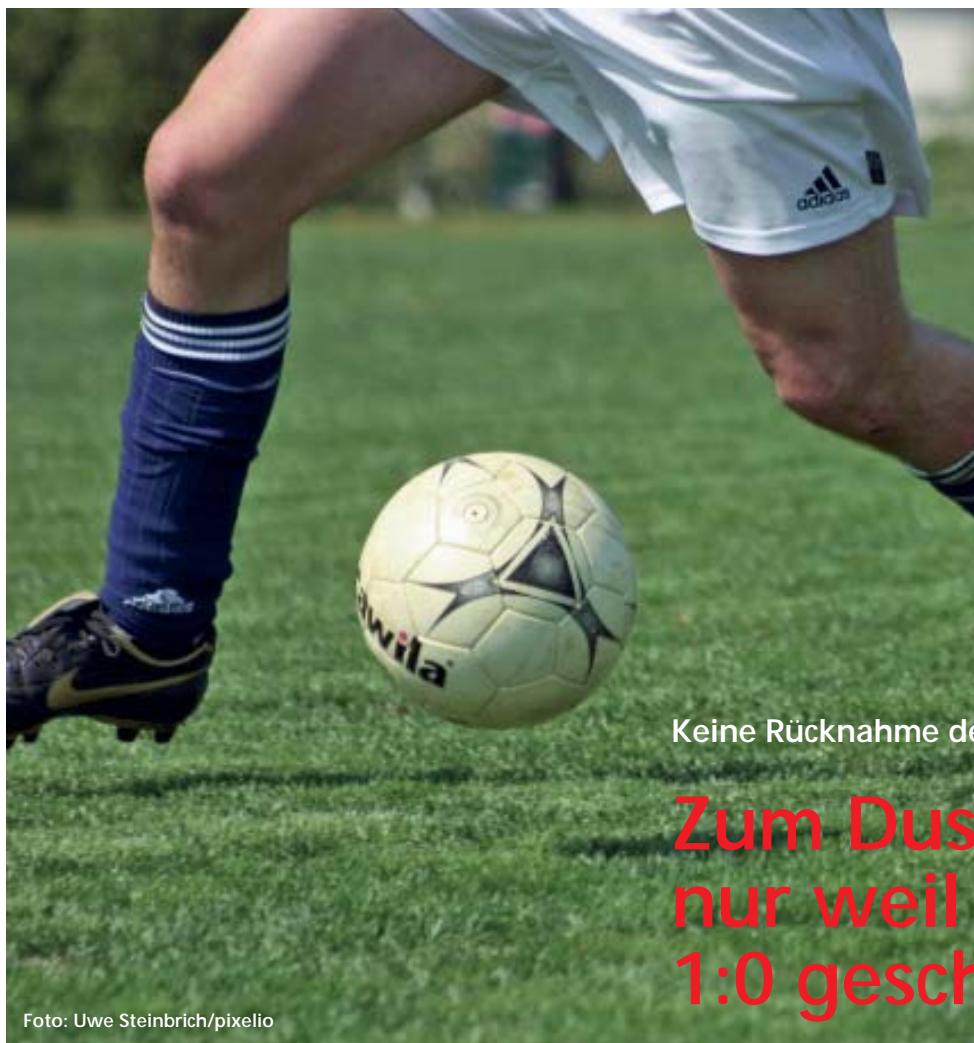


Foto: Uwe Steinbrich/pixelio

fühlte Gerechtigkeit nicht mehr gegeben sei.

Die Frage, was denn nun Gerechtigkeit ist, füllt ganze soziologische Doktorarbeiten. Diese Diskussion kann und soll hier nicht nachvollzogen werden. Allerdings ist auch keine Wissenschaft vonnöten, um die Frage, die jüngst auch PfalzMetall-Präsident Dr. Kulenkamp rhetorisch stellte, zu beantworten: „Was ist sozial gerechter, als Menschen in der Arbeit zu bringen?“ Die Experten warnen, dass eine Rücknahme der Arbeitsmarktreformen an dieser Stelle gleichzeitig auch zu einem Rückgang der Erfolge bei der Beschäftigung älterer Arbeitnehmer führen. Die Gefahr ist da, dass der Staat bei einer längeren Gewährung von ALG-I Arbeits-

losigkeit finanziert, statt Arbeit. Denn dass die neuen Wohltaten nach derzeitigem Forderungsstand „kostenneutral“ – also im System – finanziert werden, ist noch nicht sicher. Jeder Cent, der in eine längere Bezugsdauer von ALG-I investiert wird, kommt aus den Kassen der Bundesagentur für Arbeit. Wenn dort jedoch Geld über ist, dann ist es wichtig und richtig, den Beitrag zur Arbeitslosenversicherung so weit wie möglich zu reduzieren, erklärt PfalzMetall-Hauptgeschäftsführer Werner Simon. Denn jedes Zehntelprozent der Beitragssenkung kommt direkt und netto bei den Arbeitnehmern in der Tasche an. Gleichzeitig entlastet es die Lohnnebenkosten, die ohnehin schon überdurchschnittlich den deutschen Ar-

Keine Rücknahme de
Zum Dus
nur weil
1:0 gesch



Arbeitsmarkt-Reformen!

...chen gehen,
...man das
...ossen hat?

Arbeitsmarkt verteuern: „Sozial wäre es, den Beitrag zur Arbeitslosenversicherung auf 3,2 Prozent zu senken – dadurch profitieren die Arbeitnehmer durch mehr Netto im Geldbeutel und der Wirtschaftsstandort Deutschland durch niedrigere Arbeitskosten“, sagt Simon.

Der Konjunkturaufschwung wirkt sich schon heute direkt auf die Situation am Arbeitsmarkt aus, wie der Chef der Regionaldirektion Rheinland-Pfalz – Saarland, Otto-Werner Schade, anlässlich der Veröffentlichung der Oktober-Zahlen für Rheinland-Pfalz deutlich machte: „Der Schlüssel für den Erfolg am Arbeitsmarkt liegt in den Betrieben. Wenn sie in der Lage sind, neue Mitarbeiter einzustellen, dann kommt dies unmittelbar den von

Arbeitslosigkeit betroffenen Menschen zugute. Dieser Zusammenhang ist gegenwärtig kaum noch zu übersehen: Die Zahl der Beschäftigten ist in den vergangenen zwölf Monaten um gut 28.000 gestiegen, während die Arbeitslosigkeit um über 27.000 abgebaut werden konnte.“

Angesichts dieser positiven Entwicklung nun die Bemühungen einzustellen, wird den Bedürfnissen der Arbeitslosen nicht gerecht. Zwar meldet die Statistik einen Rekord nach dem anderen – angesichts von deutschlandweit 3,5 Millionen Arbeitslosen allerdings von „nur noch“ zu sprechen, mutet schon fast zynisch an. PfalzMetall-Hauptgeschäftsführer Simon möchte, dass auch diese Menschen über einen Job am Aufschwung teilhaben können.

Stattdessen würden die funktionierenden Reformen rückgängig gemacht. „Das ist so, wie

wenn eine Fußball-Mannschaft das 1:0 erzielt und dann zum Duschen verschwindet, weil sie meint, das Spiel sei schon gewonnen“, vergleicht Simon. Und weiter: „Im Sport wie am Arbeitsmarkt ist nicht der schnelle Erfolg entscheidend, sondern der Dauerhafte. Denn auch der Herbstmeister hat nichts zu feiern, wenn er nicht im Sommer an der Tabellenspitze steht.“ In diesem Sinne sind 40 Millionen Beschäftigte – erstmals seit der Wiedervereinigung – ein Erfolg, aber noch keine Meisterschaft. Die Herausforderung lautet, diese Stellen auch krisensicher zu gestalten. Denn die nächste konjunkturelle Herausforderung kommt so sicher, wie der nächste gegnerische Angriff nach dem Anstoß.

PRESSESTIMMEN

DIE RHEINPFALZ

„Ist das gerecht, Arbeitnehmer jenseits der 50 mit Sozialleistungen abzufinden, statt ihnen zu Arbeit zu verhelfen?“

Hans-Jürgen Reinhard in:
Die Rheinpfalz vom 17. Oktober 2007

Handelsblatt

„Der heilige Zorn erfasst einen, wenn man sieht, wie leichtfertig Beschäftigung aufs Spiel gesetzt wird.“

Prof. Dr. Michael Hüther in:
Handelsblatt vom 19. Oktober 2007

RHEINISCHE POST

„Tatsächlich setzen diese Vorschläge ökonomisch völlig falsche Anreize. Und nicht nur das. Auch mit sozialer Gerechtigkeit haben sie nur wenig zu tun.“

Martin Kessler in:
Rheinische Post vom 20. Oktober 2007

DER SPIEGEL

„Die verlängerte Auszahlung des Arbeitslosengeldes ist das klassische Beispielspiel für eine Sozialtat, die denjenigen, die sie begünstigen soll, in Wirklichkeit schadet.“

Christian Reiermann in:
Der Spiegel vom 22. Oktober 2007

Frankfurter Allgemeine

„Ein solcher Schritt wäre nicht im wohlverstandenen Interesse der Betroffenen.“

Prof. Dr. Joachim Möller in:
Frankfurter Allgemeine Zeitung vom
29. Oktober 2007

Diskussion um längeres ALG-I ist nur ein Aspekt der Diskussion:

Überschüsse wecken Begehrlichkeiten



Das Ziel muss es sein, dass möglichst wenige Menschen diesem Wegweiser folgen müssen.

Foto: Matthias Balzer/pixelio

Längeres ALG-I im Alter ist nur eine von mehreren Revisions-Forderungen, die in jüngster Zeit an die Hartz-Reformen herangetragen wurden. Die finanziellen Überschüsse bei der Bundesagentur für Arbeit wecken neue Begehrlichkeiten. Ferrum stellt die Vorschläge vor, und bewertet sie.

1 Milliarde Euro zusätzlich für BA-Beschäftigungsprogramme zu Gunsten älterer Arbeitnehmer

Die Förderprogramme der Bundesagentur für Arbeit sind unübersichtlich und zu speziell. Mittlerweile gibt es mehr als 65 verschiedene Förderprogramme, für unterschiedliche Zielgruppen, die je-

weils unter verschiedenen Voraussetzungen gewährt werden. Wir brauchen hier eine Konzentration auf eine übersichtliche Zahl von Förderprogrammen und nicht eine erneute Ausweitung um ein so großes Fördervolumen. Weniger, dafür zielgerichtetere und übersichtlichere Programme sind effektiver und helfen, Fehlsteuerungen bei der Finanzierung überflüssiger Förderprogramme zu verhindern und so Geld einzusparen.

Einführung eines Erwerbstätigenzuschusses

Das Arbeitslosengeld-II wirkt heute schon wie ein Kombilohn, bei dem im Falle eines niedrigeren Gehaltes das Einkommen auf das Existenzminimum angeho-

ben wird. Der Erwerbstätigenzuschuss würde dem kombilohnähnlichen ALG-II-Zuschuss unter großem bürokratischem Aufwand somit nur einen anderen Namen geben, allerdings zu Lasten der Bundesagentur für Arbeit, die hier zusätzlich belastet würde. Gleichzeitig würde der Bundeshaushalt, der heute für die Gewährung des ALG-II zuständig ist, entlastet werden.

Senkung des Beitrags der Arbeitslosenversicherung von 4,2 auf 3,5 Prozent

Bei einer konsequenten Abkehr von überflüssigen Förderprogrammen der Bundesagentur für Arbeit und einem Verzicht auf die teuren aber bestenfalls nur wirkungslosen Placebos für den deutschen Arbeitsmarkt (Verlängerung ALG-I, etc.) ist eine Senkung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung auf 3,2 Prozent unter Beibehaltung eines Milliardenüberschusses der Bundesagentur für Arbeit bis mindestens 2011 ohne Probleme möglich. Jedes Zehntelprozent hilft uns bei dem Versuch, die deutschen Arbeitskosten wieder auf ein wettbewerbsfähiges und europäisches Durchschnittsniveau zu bringen, weiter.

EINE LANGE DISKUSSION UM LÄNGERES ALG-I

Die Diskussion um eine verlängerte Auszahlung des Arbeitslosengeldes-I ist nicht so neu und so exklusiv, wie sie nach dem medialen Lärm um den SPD-Parteitag zu sein scheint. Immerhin: Die Konzepte unterscheiden sich in verschiedenen Punkten, aber im Ziel bleiben sie sich gleich.

Agenda 2010:

Die rot-grüne Bundesregierung kürzt die ALG-I-Leistungen von maximal 32 Bezugsmonaten auf eine Regelleistung von zwölf Monaten. Über 55jährige erhalten das Arbeitslosengeld bis zu 18 Monate.

CDU:

Auf ihrem Bundesparteitag in Dresden hat die CDU im November 2006 ein Modell zur Verlängerung der Zahlungen von ALG-I beschlossen. Grundlage hierfür waren Vorschläge des nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Jürgen Rüttgers. Sein Modell sieht eine Staffelung nach Beitragsjahren vor:

Bis 15 Beitragsjahre – zwölf Bezugsmonate, ab 15 Beitragsjahre – 15 Bezugsmonate, ab 25 Beitragsjahre – 18 Bezugsmonate, ab 40 Beitragsjahre – 24 Bezugsmonate.

SPD:

Die SPD hat auf ihrem Bundesparteitag jetzt beschlossen, Arbeitslosen ab einem Alter von 45 Jahren künftig 15 Monate ALG-I zu bezahlen. Vom 50. Lebensjahr an sollen diese Leistungen dann maximal 24 Monate lang gewährt werden. Im Gegensatz zum CDU-Modell ist hier keine Umverteilung zu Lasten jüngerer Arbeitsloser, sondern zu Lasten der Beitragszahler vorgesehen. Damit lehnt sich die SPD stark an das DGB-Modell an, das eine solche Regelung ebenfalls fordert.

Beim Gründungsranking von INSM und impulse vorne mit dabei

Westpfalz: Spitzen-Wirtschaftsregion

Die Westpfalz ist die Region mit den positivsten Gründungsindikatoren in Rheinland-Pfalz. Zu diesem Ergebnis kommt das aktuelle Gründungsranking der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM), das diese gemeinsam mit dem Magazin „impulse“ erhob.



Die Westpfalz belegt demnach bei dem Ranking der 97 deutschen Raumordnungsregionen den 13. Platz. Damit liegt die Westpfalz einen Platz vor der Rhein-Main-Region. Lässt man die Großstädte aus der Wertung und betrachtet nur die Regionen, belegt die Westpfalz sogar deutschlandweit den vierten Rang.

„Die Westpfalz mit ihrem Zentrum Kaiserslautern ist eine Spitzen-Wirtschaftsregion in Deutschland“, bestätigt der Hauptgeschäftsführer der Industriever-



bände Neustadt an der Weinstraße (IVN), Werner Simon. Motivierte Mitarbeiter, verantwortungsbewusste Unternehmer und die Universität Kaiserslautern seien besondere Standortvorteile der Westpfalz, so Simon. Durch das Fraunhofer-Institut der Uni Kaiserslautern mit seiner Anwendungsorientierung entstünden

die nötigen Synergie-Effekte zwischen Hochschule und Wirtschaft, die neue Gesellschaften und Unternehmen in ihrer Gründungsphase motivierten und stützten.

„Für uns ist das Ergebnis dieser Studie keine Überraschung, sondern eine Bestätigung“, so Simon.

Dr. Eduard Kulenkamp bei den Bad Dürkheimer Gesprächen:

„Nichts ist sozial gerechter, als Menschen in Arbeit zu bringen“



Foto: Speker

„Kaum greifen die Reformen auf dem Arbeitsmarkt, sollen sie auch schon wieder abgeschafft werden. Das ist nicht nachvollziehbar und fahrlässig“, erklärte der Präsident von PfalzMetall und der Industrieverbände Neustadt an der Weinstraße (IVN), Dr. Eduard Kulenkamp, jetzt zu Anlass der Bad Dürkheimer Gespräche, vor rund 700 Zuhörern. Er rief die Politik auf, sich von den Gedankenspielen um eine Rücknahme der erfolgreichen Arbeitsmarkt-reformen zu verabschieden.

Die Werte sind hervorragend: Das Herbstgutachten der Wirtschaftsforscher stellt für die Jahre 2007 und 2008 eine Millionen neue Jobs in Aussicht. Das bedeutet 40 Millionen Menschen in Arbeit, so viele wie noch nie in Deutschland. Und gerade die älteren Mitarbeiter profitieren von dieser Entwicklung. Nicht nur die Beschäftigungsquote

der 55 bis 64jährigen ist in den vergangenen sieben Jahren von 37 Prozent auf mittlerweile fast 50 Prozent gestiegen. Auch die Arbeitslosigkeit der über 55jährigen konnte allein während des letzten Jahres um mehr als 20 Prozent reduziert werden.

Die Vorschläge der Politik, Teile der Reformen nun zurückzunehmen, seien „skurril und verantwortungslos“, so der IVN-Präsident. „Das ist so, wie wenn ein Herzpatient seine Medikamente wieder absetzt, weil es ihm nach der Einnahme auf einmal wieder besser geht“, vergleicht Dr. Kulenkamp. In ihrem Herbstgutachten hatten nicht zuletzt auch die Wirtschaftsforscher darauf hingewiesen, dass etwa Änderungen an der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes I eine Gefahr für den Aufschwung darstellen könnten. Sie bezeichneten es sogar als „absurd“, mit dem Verweis auf eine bessere Kassenlage eine Revision der Reformen zu fordern, „durch die diese Erfolge gefährdet würden“.

Wenn älteren Arbeitnehmern länger Arbeitslosengeld I gewährt würde, dann sinken ihre Beschäftigungschancen eher, als dass sie steigen, so Dr. Kulenkamp. Denn das Signal, das die Politik damit aussendet, sei eine Kapitulation vor den besonderen Herausforderungen von älteren Bewerbern. „Wir müssen den Menschen aber nicht signalisieren, dass sie sowieso keine Chance haben, sondern wir müssen deutlich machen, dass ihre Erfahrung und ihr Geschick gefragt und benötigt sind“, erklärte der IVN-Präsident. „In der aktuellen Konjunkturphase können wir auf die Qualifikationen von keiner Bevölkerungsgruppe verzichten.“ Der aktuelle Fachkräftemangel mache genau dies deutlich. Der Staat müsse Arbeit finanzieren, und nicht Arbeitslosigkeit.

HANS-ULRICH JÖRGES: FUNDIERTE ANALYSE

„Das Grundvertrauen ist durch überzogenes Renditedenken an der Börse zerstört worden – darunter leidet der Mittelstand“, sagte Hans-Ulrich Jörges jetzt bei der Auftaktveranstaltung der Wintersaison 2007/08 der Bad Dürkheimer Gespräche. Der Journalist ist Chefredakteur für Sonderaufgaben beim Gruner+Jahr-Verlag und Mitglied der stern-Chefredaktion. Als Leiter des Hauptstadtbüros des stern verfügt Jörges über einen intimen Blick in die Schaltzentrale der Berliner Republik. Hieran lies er die rund 700 Zuhörer in der Bad Dürkheimer Salierhalle teilhaben.



Foto: Jörges

Und so analysierte er die Zusammenarbeit im Bundeskabinett mit den Worten: „Franz Müntefering ist das Beste, was Angela Merkel passieren konnte.“ Kurt Beck habe jedoch durch seine Position beim Arbeitslosengeld-I gezeigt, dass er nunmehr die Nummer eins der SPD auch in Berlin sei. Gleichzeitig stellte Jörges allerdings auch einen allgemeinen Linksruck fest, der nicht nur bei der Politik zu beobachten sei: „Der linke Konsens hat auch die Medien erfasst“ sagte Jörges in Bad Dürkheim. Gleichzeitig warnte er in der Sache davor, weitere Aufweichungen der Agenda-Reformen vorzunehmen.

Pfaff AG:

Spatenstich als Neuanfang

Der erste Spatenstich des neuen Pfaff-Werkes in Kaiserslautern war nach Meinung der Redner ein besonderer Moment. Als „historisch und emotional“ bezeichnete der Pfaff-Betriebsratsvorsitzende Gerd-Peter Richter den Anlass und pflichtete somit dem Vorstandsvorsitzendem Peter Schwenk bei, der von einem „historischen Tag in der 145jährigen Geschichte des Unternehmens“ sprach.

Wirtschafts-Staatssekretär Dr. Carsten Kühl sprach von einem „Tag zwischen Wehmut und Hoffnung, zwischen Tradition und Zukunft“ und er würdigte den Spatenstich als einen „symbolischen Neuanfang“ für das Traditionsunternehmen. Der Spatenstich beendete einen mehr als 15 Jahre dauernden Prozess des Umzugs vom alten Standort in das Industriegebiet Kaiserslautern-Nord. Dieses Gebiet ist ursprünglich für die Firma Pfaff ausgewiesen worden, wie Oberbürgermeister Dr. Klaus Weichel in seinem Grußwort verriet. Doch einem zügigen Umzug standen die Schwierigkeiten



Foto: Speker

Der Anfang ist gemacht: Slobodan Pandurovic (Bauunternehmen Wolff & Müller), Ex-OB Bernhard Deubig, Dr. Carsten Kühl, Peter Schwenk, Dr. Albert Wahl, Dr. Klaus Weichel und Gerd-Peter Richter (v.l.n.r.) mit dem symbolischen ersten Spatenstich.

des Unternehmens in den vergangenen Jahren entgegen. Heute haben im Industriegebiet 1.600 Arbeitsplätze ihre Heimat gefunden – und die rund 400 Pfaff-Mitarbeiter werden nun hinzukommen.

„Wir setzen langfristig auf den high-tech-Standort Kaiserslautern“, bekannte sich Schwenk. Und der Aufsichtsratsvorsitzende Dr. Albert Wahl wies darauf hin,

dass es sich bei dem Neubau des Pfaff-Werkes um „eines der größten Bauvorhaben eines deutschen Maschinenbauers in den vergangenen Jahren“ handle. Immerhin: Der erste Spatenstich fand – passend zum neuen Corporate Design – in roter Erde statt. Mit Sicherheit ein gutes Omen für die Zukunft des Unternehmens.

PfalzMetall:

CJD: Mit Fahrrädern Anschluss halten

Zehn Fahrräder hat der Verband der pfälzischen Metall- und Elektroindustrie dem Christlichen Jugenddorf (CJD) in Kirchheimbolanden gespendet. Für die Kinder und Jugendlichen sind die Fahrräder der unabhängige Anschluss an das dörfliche Leben. Denn das Jugendhilfezentrum Lochmühle, in dem sie leben, ist in einem alten Landgasthof untergebracht.

Was seinerzeit für den Gasthofbetrieb noch reizvoll war – nämlich die idyllische Lage – ist für die Kinder und Jugendlichen eher beschwerlich. Doch dank der stabilen Mountain-Bikes, die PfalzMetall gespendet hat, hat sich nun die gefühlte Entfernung ins Dorf merklich verkürzt.



Foto: Speker

ADAC testet Winterreifen mit unterschiedlichen Profilen

Winterreifen verlieren schneller an Qualität

Die gute Nachricht zuerst: Auch ein Winterreifen, der nur noch vier Millimeter Profil hat, ist auf Schnee immer noch um Klassen besser als ein neuer Sommerreifen. Aber: Winterreifen verlieren mit jedem Millimeter Profil ihre typischen Winter-eigenschaften. Das ist das Ergebnis eines Tests, den der ADAC zusammen mit seinen europäischen Partnerclubs und der Stiftung Warentest durchgeführt hat.

Dabei mussten drei verschieden stark abgefahrene Winterreifen-Sätze der Dimension 185/60 R 14 zum Vergleich antreten: Ein fabrikneuer Reifensatz mit fast 9 mm Profil, ein Satz mit 7,5 mm Profil und einer mit 4 mm Restprofil. Geprüft wurde das Fahr- und Bremsverhalten auf trockener, nasser und schneebedeckter Fahrbahn.

Auf Schnee waren die Unterschiede zwischen den neuen und den abgefahrenen Reifen am deutlichsten. Beim Brem-



Foto: ADAC

sen braucht der 4-mm-Reifen aus Tempo 30 schon 3,2 m mehr Bremsweg als der Neureifen. Noch gravierender sind die Unterschiede bei der Zugkraft. Der Reifen mit 7,5 mm Profil büßt gegenüber dem Neureifen schon 40 Prozent Zugkraft ein, der 4-mm-Pneu sogar über 50 Prozent. Ein Sommerreifen, der zum Vergleich mitgetestet wurde, versagte auf Schnee komplett: Nur ein Viertel der Zugkraft eines neuen Winterreifens und ein 7,5 m längerer Bremsweg aus Tempo 30 sind gefährlich.

Auf Nässe ist es zur Vermeidung von Aquaplaning wichtig, dass das Profil möglichst viel Wasser aufnehmen und verdrängen kann. Ein auf 4 mm abgefahrener Reifen kann diese Aufgabe nicht mehr so gut meistern. Er schwimmt bereits bei 63 km/h auf, während der Neureifen dies erst ab 87 km/h tut. Beim Nass-Bremsen aus Tempo 80 kommt es vor allem auf die Gummimischung an. Doch auch hier benötigt der abgefahrene Reifen sieben Prozent mehr Bremsweg.

Fazit: Bei winterlichen Verhältnissen leisten abgefahrene Winterreifen deutlich weniger. Bei einer Restprofiltiefe von vier mm rät der ADAC zum Austausch. Wer abgefahrene Winterreifen im Sommer aufbrauchen will, muss mit deutlich längeren Bremswegen gegenüber Sommerreifen und einem schlechteren Nässeverhalten rechnen.

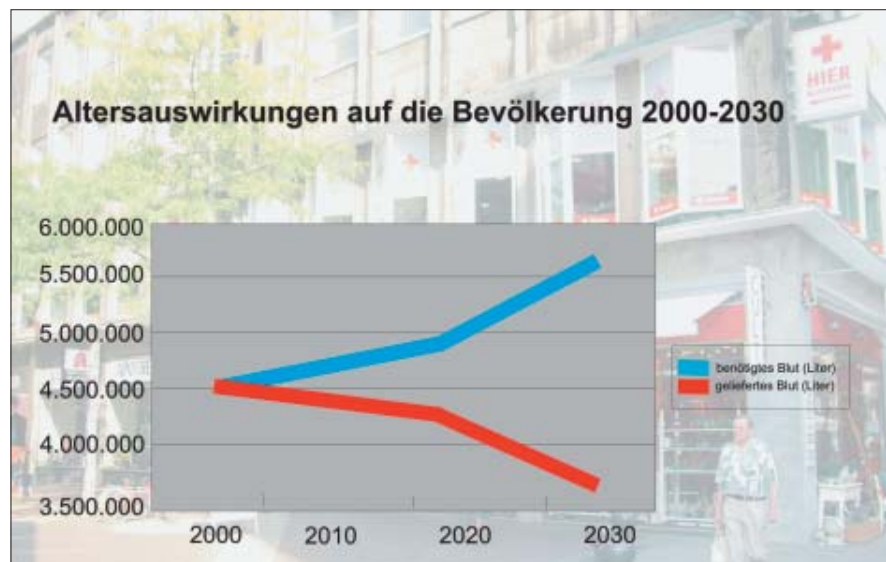


Steigender Bedarf an Blutkonserven

Im Jahre 2030 fehlen in Deutschland zwei Millionen Liter Blut

Jahr für Jahr benötigen die Krankenhäuser eine steigende Zahl von Blutkonserven. Blut und Blutprodukte sind vom Fortschritt der modernen Medizin heute nicht mehr wegzudenken. Ohne Blutprodukte wären schwerwiegende operative Eingriffe, die Versorgung von Schwerverletzten, die heilende Behandlung von Patienten mit Leukämie und Krebserkrankungen, Herzoperationen, Leber- und Nierentransplantationen und zahlreiche andere Heilmaßnahmen nicht möglich.

Der DRK-Blutspendedienst hat diese verantwortungsvolle Aufgabe, die Versorgung der Krankenhäuser in Rheinland-Pfalz und im Saarland mit Blutbestandteilkonserven sicherzustellen, bisher erfolgreich bewältigen können. Doch schon jetzt machen sich erste Anzeichen bemerkbar, die darauf hinweisen, dass es in einigen Jahren nicht mehr selbstverständlich sein wird, ausreichend Blutkonserven zur Verfügung zu haben. Die weiterhin steigende Lebenserwartung älterer Menschen wirkt sich in großem Umfang auch auf den Bedarf an Blutkonserven aus. Dem gegenüber stehen jedoch die



rückläufigen Spenderzahlen bei den Blutspendediensten.

Nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes in Zusammenarbeit mit dem Paul-Ehrlich-Institut fehlen im Jahr 2030 rund zwei Millionen Liter Blut, das sind ca. ein Drittel des benötigten Bedarfs an Blutkonserven.

Dabei ist Blutspenden so einfach, außer einem kleinen Pieks spürt man fast nichts. Der Spender wird von Ärzten untersucht, von kompetentem Fachpersonal überwacht und nach der Spende beim Imbiss durch DRK-Helferinnen und -Helfer betreut.

Jeder Spender erhält kostenlos einen Unfallhilfe- und Blutspenderausweis, in den seine Blutgruppe mit Rhesusfaktor eingetragen wird. Das gespendete Blut

wird auf übertragbare Infektionserkrankungen untersucht und von der Norm abweichende Laborergebnisse werden dem Hausarzt mitgeteilt. So hat die Blutspende als Gesundheitsvorsorge schon in vielen Fällen zur Früherkennung von Krankheiten beigetragen.

Blutspenden kann jeder gesunde Mensch zwischen 18 und 68 Jahren (Erstspender bis 59), der mindestens 50 kg wiegt. Damit die Spende gut vertragen wird, sollte der Spender schon 2 – 3 Liter über den Tag verteilt getrunken haben. Zur Identifizierung wird ein gültiger Personalausweis, oder – wenn vorhanden – ein Blutspendenausweis benötigt.

Blutspenden ist Hilfe auf Gegenseitigkeit, denn jeder kann in die Situation kommen selbst einmal Blut zu benötigen. Etwa 80 Prozent der Bevölkerung benötigen einmal im Leben eine Blutkonserve.

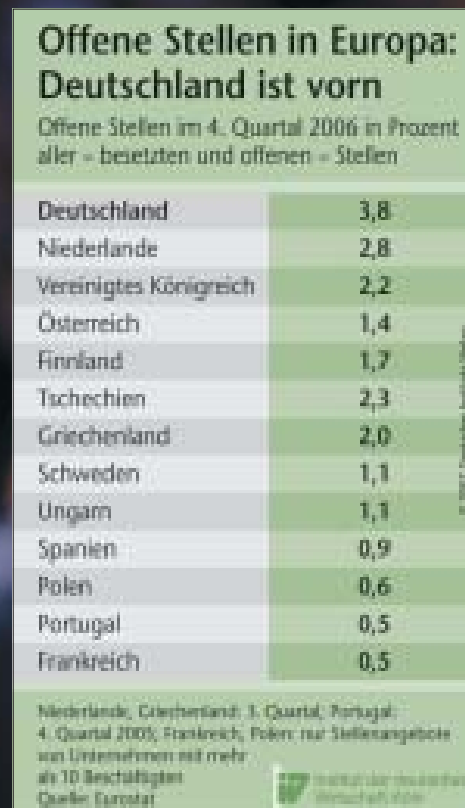
Der DRK-Blutspendedienst ist auf Ihre Hilfe angewiesen. Gehen Sie zur Blutspende!

Termine und Informationen finden Sie im Internet unter <http://www.blutspendedienst-west.de> oder über die gebührenfreie Telefon-Hotline: 0800/11 949 11.



Foto: Blutspendedienst West

Grafik des Monats



Mehr Arbeit als anderswo ...

In Deutschland gibt es mehr Arbeit, als anderswo in Europa. Das macht diese Grafik deutlich, nach der Deutschland bei den offenen Stellen an der Spitze liegt. 3,8 Prozent aller Stellen bei uns sind nicht besetzt. Die Niederlande mit 2,8 Prozent und Großbritannien liegen schon weit hinter uns, der Viertplatzierte Österreich mit 1,4 Prozent allemal.

Doch was in den Ohren von Arbeitslosen wie Musik klingen sollte, deutet in Wahrheit darauf hin, dass Stellenangebote und Arbeitssuchende hierzulande schlicht nicht besonders gut zusammenpassen. Die Wirtschaftswissenschaftler nennen diesen Effekt: „Mismatch“.